

Jahrestagung

03.-04-03.2005



Nach dem Epochenbruch:

„Übergänge zu einer neuen Politik der Arbeit“ und „Menschenwürde in der Arbeitswelt“

Die InitiatorInnen haben in einem Vorbereitungsworkshop im November 2004 u. a. ein Thesenpapier entwickelt, das Elemente für ein Gegenmodell der gegenwärtigen neoliberalen, entsolidarisierenden und ausschließlich wettbewerbsorientierten Politik beinhaltet. (Spandauer Thesen)

Wie sind die Übergänge zu einer neuen Politik der Arbeit nach dem Epochenbruch denkbar und welche qualitativen Veränderungen in der Arbeitswelt belegen das Ende des fordistischen Arbeits- und Wirtschaftsmodells?

Unter dieser Fragestellung und in einer konstruktiv kritischen Selbstreflexion wollen wir den Diskurs zwischen gewerkschaftsnaher wissenschaftlicher Forschung und den Gewerkschaften über die Perspektiven einer emanzipativen Arbeitspolitik voran bringen.

Nach mehreren Diskursveranstaltungen (Tagungen und Workshops in Dortmund und Berlin) und der Dokumentation der ersten Tagung (Ein Überblick über die bisherigen Diskurse und weitere Dokumente sind zu finden auf der website: www.forum-neue-politik-der-arbeit.de) sollte die Tagung im März 2005 organisatorisch und inhaltlich einen weiteren Schritt nach vorne machen.

Um die gemeinsame kritische Reflexion der abhängigen Arbeit möglichst nachvollziehbar entwickeln zu können, wurden diesmal vor dem Hintergrund der Krisenerfahrungen der deutschen Gewerkschaftsbewegungen seit den 90er Jahren die qualitativen Veränderungen der Arbeitswelt aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet.

Dazu soll auch die These vom „Epochenbruch“ gründlich geprüft werden.

Die These des Epochenbruchs knüpft an die aktuellen Debatten über das Ende des fordistischen Regulationsmodells an. Aus ihr folgt, dass es keinen einfachen Weg zurück zu einer keynesianischen Wirtschaftspolitik nach dem Muster der späten 1960er und frühen 1970er Jahre gibt. Innerhalb der Gewerkschaften - und auch der Sozialdemokratie, dort allerdings deutlich minoritär, wird dazu zur Zeit deutlich eine Gegenposition vertreten. Diese unterschiedlichen Positionen wollen wir gründlich diskutieren.

Die These vom Epochenbruch, zwingt dazu, über neue Leitbilder, die tragfähig und hegemonial werden könnten, intensiv nachzudenken. Wie kann in unserer Tradition die Vision einer demokratischen pluralen Arbeitsgesellschaft der Zukunft aussehen? Einer Gesellschaft, in der alle ihren Platz finden können und die - neben dem Raum des Privaten - Räume politischer Freiheit der Vielen sichert und ausgestaltet, gerade auch gegenüber und in einer ausufernden, immer heteronom werdenden Sphäre der Ökonomie.

Es geht dann in der Tat auch gegen eine Politik, die mittlerweile die angebliche neue „Tugend der Orientierungslosigkeit“ proklamiert.

Zur Überprüfung und zum Verständnis des Epochenbruchs gehört aber auch die Untersuchung der strategisch falschen Weichenstellungen, die in der Krise des Fordismus den Sieg der „neoliberalen Konterrevolution“ erleichtert haben.

Dabei geht es insbesondere auch um Anknüpfungspunkte für Perspektiven einer Überwindung der gegenwärtigen Strukturkrisen im Interesse der abhängigen Arbeit.

Die Fachforen:

Forum 1: „Arbeit und regionale Lebenszusammenhänge“

Lebensbedingungen, Wohlstandsteilhabe und Chancengleichheit hängen nicht allein vom Arbeitseinkommen und den betrieblichen Arbeitsbedingungen ab, sondern mehr von Einrichtungen der öffentlichen Infrastruktur und deren Leistungen. Neoliberale Politik setzt in diesem Bereich auf Privatisierung; als wesentlicher Motor agieren internationale Einrichtungen wie WTO, EU etc.. Privates Kapital, Markt und Wettbewerb seien, so die offizielle Begründung der öffentlichen Versorgung überlegen.

Hier und da trifft sich wirtschaftsliberales Programm mit der Kritik an Unbeweglichkeit und zentralisierter Organisation öffentlicher Einrichtungen, wie sie sich aus den Erfahrungen alternativer Projekte ergibt. Die Privatisierung vollzieht sich im übrigen in unterschiedlicher Form und Intensität; auch öffentliche Einrichtungen können ihre Leistungen den Gesetzen von Kaufkraft, Angebot und Nachfrage unterwerfen und als Ware anbieten (z.B. Studiengebühren).

Wie muss eine nicht marktförmige, am gleichen Zugangsrecht für alle Bürger orientierte öffentliche Infrastruktur gestaltet werden? Welche Organisationsformen, auch dezentraler Natur, sind zu entwickeln? Welche Beteiligungsrechte sind möglich? Welche Erfahrungen wurden in der Auseinandersetzung mit konkreten Privatisierungen gemacht? Gibt es Brücken zwischen den Interessen der unmittelbar betroffenen Belegschaften und den BürgerInnen, die auf Leistungen öffentlicher Betriebe angewiesen sind? Dies Fragen bedürfen dringend oder öffentlichen Debatte und Beantwortung.

Forum 2: „Menschenwürde in der Arbeitswelt“

Die durch die Verfassung für unsere Gesellschaft festgeschriebene Unantastbarkeit der Würde des Menschen ist in der Arbeitswelt immer noch und wieder stärker ein umkämpftes Terrain. Die Vorstellungen von einer „guten Arbeit“ gehen zwischen Unternehmertum und arbeitenden Menschen und ihren Gewerkschaften wieder stärker auseinander. Die Fragen um die Sicherung einer nachhaltigen Lebensqualität verschärfen die Disparitätskonflikte. Dabei würden es der Stand der Produktivkräfte wie des allgemeinen gesellschaftlichen Reichtums in Deutschland wie in Europa nach wie vor erlauben, ein von den arbeitenden Menschen breit akzeptiertes Leitbild guter Arbeit umzusetzen.

Der Sondergipfel des Europäischen Rats am 23. und 24. März 2000 hat eine Verbesserung der Qualität der Arbeitsplätze im Kontext der übergreifenden Zielsetzung gefordert, Europa in Zehnjahresfrist zum „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten“ Wirtschaftsraum der Welt zu machen. Aber das war

vor dem Ende des Hype.

Trotzdem herrscht mehr denn je neoliberales Einheitsdenken. Entfaltete Arbeitsqualität lässt sich aber nur gegen dieses durchsetzen. Sie würde einhergehen mit einer weltweit wettbewerbsfähigen Qualität der Produkte und Dienstleistungen. Statt Konkurrenz der Geschlechter und Generationen um ein künstlich verknapptes Angebot an teilweise prekären Arbeitsplätzen sollte schrittweise die solidarische Kooperation der vielen Individuen und Gruppen bei der Bewältigung der anstehenden Arbeitsaufgaben innerhalb und außerhalb der Betriebe und der Wirtschaft treten.

Forum 3: „Arbeit und Individuum / Subjekt“

Mit der Globalisierung der Wirtschaft, der Vermarktlichung von Prozessen innerhalb von Unternehmen und der „Entgrenzung“ von Arbeit gehen Prozesse der (und Debatten um die) Subjektivierung von Arbeit einher. Diese wird von neoliberaler Seite als die schon seit der Humanisierungsdebatte gewünschte Befreiung in der Arbeit propagiert. Tatsächlich sind diese Prozesse aber hoch widersprüchlich. Sie schaffen für die Beschäftigten neue Spannungsverhältnisse zwischen Selbstbestimmung und Ausbeutung. Sie werden zunehmend von den Gewerkschaften in Europa als veränderte Form der Unterwerfung des arbeitenden Subjektes unter sich verschärfende Verwertungsprozesse erkannt. Der richtigen Forderung nach der Beachtung der ganzen Arbeit kommt die neue Realität mit der in Wertsetzung des ganzen Subjektes nur scheinbar nach.

Die Widersprüchlichkeit der Organisierung eines neuen sog. Arbeitskraftunternehmertums führt so zu neuartigen Formen von Arbeitskonflikten, die vielfache Ansatzpunkte für eine neue Politik der Arbeit bieten, wenn sie erkannt und von den Organisationen der Arbeit genutzt werden. Einzelne Beispiele hierfür gibt es. Mit neuen konfliktträchtigen Konstellationen und mit Konflikten ist in der nahen Zukunft zu rechnen.

Ob und wie die Gewerkschaften sie besser aufgreifen können, ist offen. „Entgrenzung“ von Arbeit ist aber in jedem Fall nicht unbegrenzt möglich. Der zukünftige Kampf wird um die neuen Grenzziehungen gehen und damit wieder stärker als bisher um Grenzdisparitäten von Arbeit und Kapital.

Forum 4: „Räumliche und soziale Entgrenzung von Regulationssphären als Herausforderung für eine solidarische Politik der Arbeit“

Die „Entgrenzung“ der Erwerbsarbeit vollzieht sich gegenwärtig in zwei sich überlagernden und wechselseitig beeinflussenden Richtungen: Zum einen überformen und relativieren Prozesse der Globalisierung und Europäisierung bisherige nationalstaatliche und tarifvertragsräumliche Regulierungen von Arbeitsprozessen.

Zum anderen wächst die Bedeutung außerbetrieblicher Zusammenhänge und Situationen für die Wirksamkeit und Wirkungsweise betrieblicher Regelungen. Dies zeigen insbesondere die bestehenden Geschlechterverhältnisse im Bereich der unbezahlten gesellschaftlich notwendigen Arbeiten. Gewerkschaften und die organisierten Netzwerke sozialer Bewegungen stehen damit vor einer doppelten Herausforderung:

Zunächst müssen sie Formen einer wirksamen Handlungsfähigkeit aufbauen, die über die bisherigen Grenzen vor allem nationalstaatlicher Politik hinausgrei-

fen und globale und europäische Regelungen durchsetzen können. Das wird in dem Maße aussichtsreicher, wie die Gewerkschaften auch über die betrieblichen Beschränkungen ihrer Arbeitspolitik hinaus neue Formen praktischer Bündnisse mit sozialen Bewegungen aufbauen können, deren Interessenartikulation sich auf Zusammenhänge der gesellschaftlichen Arbeit außerhalb der betrieblichen Erwerbsarbeit beziehen. Dabei wird es strategisch wichtig werden, neue Formen einer praktischen Solidarität in einem europäischen und globalen Rahmen zu (er)finden.

Forum 5: „Kritik des Neoliberalismus - Zusammenhänge zwischen Ideologiekritik und Kritik der veränderten Realitäten“

Neoliberalismus ist mehr als eine - problematische - Linie der wirtschaftswissenschaftlichen Fachdiskussion. Zum einen handelt es sich um eine ideologische Macht, die an Alltagsevidenzen anknüpft und über eigene Durchsetzungsmittel, Medien und ‚Denkapparate‘ verfügt. Zum anderen ist er aber auch bereits zu einem prägenden Faktor vieler Realitäten geworden, wie sie sich seit den 1980er Jahren verändert haben. Dazu gehören die immer schon in den neoliberalen Vorstößen präsenten Argumentationen für zusätzliche Eingriffe der Staatsgewalt, um die vom Neoliberalismus postulierten Strukturierungen der gesellschaftlichen Verhältnisse durchzusetzen.

Erst in diesem Zusammenwirken der unterschiedlichen Aspekte neoliberaler Politik lässt sich begreifen, wie sie dauerhaft in die Offensive kommen und bedeutende ‚Landgewinne‘ durchsetzen konnte. Entsprechend komplex muss daher auch die kritische Auseinandersetzung mit dem Neoliberalismus angelegt sein - um realitätstüchtig zu werden und wieder Gegenmacht aufbauen zu können.

Die in unserem Projekt bisher geführten Diskussionen sollen in angemessener Weise in die Debatte der Tagung einfließen. Wobei wir gemeinsam die theoretischen Grundlagen für neue Handlungsperspektiven entwickeln wollen, wie Gewerkschaften und sozialkritische Wissenschaften auch unter den erschwerten Bedingungen des neoliberal geprägten Epochenbruchs der letzten Jahrzehnte Gegenstrategien voran bringen könnten.

Die InitiatorInnen:

Dieter Scholz, DGB-Bezirk Berlin-Brandenburg

Heiko Glawe, DGB-Bezirk Berlin-Brandenburg

Gerd Peter, Sozialforschungsstelle Dortmund

Helmut Martens, Sozialforschungsstelle Dortmund

Frieder Otto Wolf, InEcom Berlin (Institut für Europäische Kommunikation)

Pia Paust-Lassen, InEcom Berlin.